

Fonds gegen Diskriminierung

Der einstmals unter dem Namen „Fonds gegen Rassismus“ eingerichtete Spendentopf unseres Landesverbandes wurde umbenannt

Seit 2007 vergibt die GEW-Hamburg Gelder – jährlich 10.000 Euro – für Projekte, die sich gegen Rassismus wenden. Vor diesem Hintergrund ist der „Fonds gegen Rassismus“ eingerichtet worden. Ebenfalls wurde eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, eingehende Anträge zu beurteilen und jeweils eine Empfehlung zur Förderung und Höhe der zu bewilligenden Gelder zu erarbeiten. Im weiteren Verlauf werden die Empfehlungen der Arbeitsgruppe im Landesvorstand der GEW-Hamburg beraten und je nach Diskussionsergebnis dort beschlossen. Dieser Ablauf wird auch in Zukunft so bleiben.

Anhand der Anträge auf Fördergelder wurde jedoch immer deutlicher, dass die bisherige Klassifikation nicht zufriedenstellt. Die gelebte Praxis der Förderkultur des Fonds ging deshalb sehr bald über das anfängliche Verständnis des Beschlusses von 2007 von Rassismus hinaus.

Der Landesvorstand hat nun dieser Entwicklung Rechnung getragen und den Antrag der Arbeitsgruppe auf Umbenennung des Antirassismusfonds in „Fonds gegen Diskriminierung“ einstimmig angenommen.

Rassismus ist nur eine von vielen möglichen Diskriminierungsformen, weitere sind beispielsweise Sexismus, Antisemitismus und Homophobie. Dieses erweiterte Verständnis von Rassismus und Diskriminierung im Allgemeinen ist die Grundlage unserer Arbeit in der Fonds-AG. In Anlehnung an aktuelle gesellschaftliche und akademische Debatten wollen wir vor allem solche Aktivitäten unterstützen

und fördern, die ein intersektionales Verständnis von Diskriminierung haben. Es geht in erster Linie darum, die Verwobenheit und Gleichzeitigkeit verschiedener Diskriminierungsformen aufzuzeigen und zu bekämpfen.

Solche Projekte und Initiativen möchten wir mit dem Fonds unterstützen.

Um Interessierten mehr Sicherheit und Transparenz bei der Antragsstellung zu bieten, haben wir unsere Förderkriterien etwas nachgeschärft. Wir werden die Kriterien auch auf der GEW-Homepage veröffentlichen.

Unsere Kriterien an einen gestellten Antrag beziehen sich z.B. auf eine ausführliche und prägnante Darstellung und Begründung des Vorhabens, einen Finanzierungsplan, inklusiv möglicher anderer Finanzquellen und einer nachvollziehbaren und realistischen Kostenaufstellung. Anträge müssen fristgemäß bis zum 1.5. bzw. 1.11. eines Kalenderjahres in der GEW-Geschäftsstelle eingehen.

Darüber hinaus beurteilen wir, ob die Aktivitäten aus dem Regelbetrieb der Bildungseinrichtungen finanzierbar sind. Wir wollen nicht Ersatzinvestor in der BSB oder anderer Träger inen werden. Es muss deutlich

bleiben, dass die Finanzierung von denen wahrzunehmen ist, die dafür die Verantwortung tragen. Diese Verpflichtung soll dort bleiben, wo sie ursprünglich hingehört.

Die Fondsmittel werden zuvorderst zur Anschubfinanzierung gewährt und sollen dabei helfen, Strukturen aufzubauen, die über die Fondsfinanzierung hinaus Bestand haben. Die Frage der Nachhaltigkeit ist für uns ein tragendes Kriterium. Wir möchten mithelfen, gesellschaftliche Aufklärung zu leisten sowie dabei unterstützen, den Weg für ein friedliches soziales Miteinander besser zu gestalten. Deshalb können auch Aktivitäten lokaler Projekte gefördert werden. Begreiflicher Weise legen wir als Arbeitsgruppe der GEW Wert darauf, dass Lehrende und Lernende verschiedener Bildungseinrichtungen in die jeweiligen Projekte und Aktivitäten einbezogen werden und – nicht zu vergessen – die GEW als Förder- bzw. Kooperationspartnerin sichtbar ist.

Wir sind gespannt, welche Förderanträge eingereicht werden und freuen uns auf die Arbeit.

ROLAND STOLZE (für den Fonds gegen Diskriminierung)

Der Fall Assange betrifft uns alle

Führende Journalisten- und Pressefreiheitsorganisationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz fordern gemeinsam die sofortige Freilassung des Wikileaks-Gründers Julian Assange aus seiner Haft in Großbritannien und seine Nichtauslieferung an die USA.

Reporter ohne Grenzen, der Deutsche Journalisten-Verband, die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di und Netzwerk Recherche haben am 31.1. in Berlin in einer Solidaritäts-Presskonferenz an die deutsche Bundesregierung appelliert, dass die die Tragweite des Falls anerkennt und sich dafür einsetzt, Julian Assange unverzüglich freizubekommen.